

Das Europäische Parlament und die Kontrolle der EG-Bürokratie

Von Michael G. Möhnle



Michael G. Möhnle (geb. 3. 9. 1952 in Augsburg) ist in Santa Barbara/Californien aufgewachsen. Möhnle ist als politischer Redakteur und als Europakorrespondent mehrerer Zeitungen tätig. Möhnle wurde 1978 Landesgeschäftsführer der Paneuropa-Union Bayern und seit 1979 ist er parlamentarischer Assistent des bekannten Europa-Abgeordneten Dr. Heinrich Aigner.

Der Kampf um Haushaltsrecht und Finanzkontrolle

Aus den Augen, aus dem Sinn, heißt ein altbekanntes Sprichwort in deutschen Landen. Und nach-

dem sie die meiste Zeit aus den Augen sind, schlagen die Meinungen über das, was sie tun, die tollsten Kapriolen. Die Rede ist von den Europaabgeordneten. 1979 gewählt, 1980 schon wieder vergessen. Am 17. Juni 1984 sollen sie wieder-

gewählt werden. Also ist es höchste Zeit zu fragen, was getan wurde in Straßburg, Luxemburg und Brüssel. Allerhöchste Zeit, Vorurteile und Negativdarstellungen – sei es aus Unkenntnis oder Bequemlichkeit in der Recherche – abzubauen.

Schlagworte gab es in den letzten Jahren genug in der Berichterstattung über die EG und ihr Parlament: Wanderszirkus, teure Schwatzbude, Bürokratenberg, Butterberge, Weinseen und sonstige Überschüsse waren billige Spaltenfüller in den deutschen Publikationen. Greifen wir doch einmal mitten hinein in diese Meinungskiste. Analysieren wir doch die Sache mit dem Geld und dem Bürokratenberg in der EG.

Beim Parlament in Straßburg heißt er „Heinrich der Löwe“; in den Beamtenetagen an der Rue de la Loi in der Brüsseler EG-Kommission ist er neben dem Präsidenten Gaston Thorn sicherlich der Zweitbekannteste; Dr. Heinrich Aigner, 59-jähriger CSU-Europaabgeordneter aus Amberg in der Oberpfalz, Vorsitzender des Ausschusses für Haushaltskontrolle. Zu Hause nimmt kaum einer Notiz von ihm. Dort ist man schließlich mit Kommunal-, Landes- und Bundespolitik vollauf beschäftigt — wer hätte da noch Zeit für Europa.

Seit 1979 hat das Europäische Parlament seinen Kontrollausschuß. Die Betonung liegt auf „seinen“, denn alle Berichte, die von diesem Ausschuß ins Plenum gehen, fanden die Unterstützung der Fraktionen, ja selbst Kommunisten stimmten selten dagegen, sondern enthielten sich eher ihrer Stimme.

Die Machtposition, die sich das Europäische Parlament seit 1979 erkämpft hat, liegt verankert im Haushaltsrecht und in der Kontrolle der EG-Finzen. Der deutsche Sozialdemokrat Erwin Lange und der bayrische Christ-Soziale Heinrich Aigner, als Vorsitzende der betreffenden Parlamentsausschüsse, sind das Gespann, das sicherlich am meisten für die 270 Millionen Bürger aus den 10 EG-Staaten erreichen konnte.

Das letzte Wort im Haushalt der Europäischen Gemeinschaft hat das Parlament. Für die 270 Millionen Bürger der EG erreicht er nur eine Höhe von 53 Milliarden DM und hat damit die selbe Höhe wie der des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Aus ihm wird aber die gesamte EG-Agrarpolitik finanziert. Weitere Schwerpunkte sind: Forschung und Technologie, Industrie und Verkehr, Soziales, Entwicklungshilfe und regionale Unterstützungsmaßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, sowie zur Anhebung des Lebensstandards in benachteiligten oder unterentwickelten Regionen der EG. Der Vollzug des Haushalts obliegt allein der

EG-Kommission in Brüssel und ihren 14 Kommissaren.

Erfolge trotz mangelnder Kompetenzen

Jedes parlamentarische System basiert auf vier Grundlagen:

1. Einsetzung der Regierung (das entspricht der Kommission in der EG).
2. Kontrolle während ihrer Amtsperiode.
3. Wenn notwendig, vorzeitige Absetzung durch ein Mißtrauensvotum.
4. Gesetzeskompetenz.

Das Europäische Parlament besitzt erst 2 dieser Machtbefugnisse: Die Kontrolle und die Absetzung der EG-Kommission. Bisher wurde gegenüber den Kommissaren nur damit gedroht, ein Mißtrauensvotum anzustreben, falls der Vollzug im Haushalt nicht nach den Vorstellungen des Parlaments geschieht. Einen Sturz der Kommission hat es bis jetzt noch nicht gegeben. Die Bedeutung der Kontrolle erwächst logisch aus der noch fehlenden Macht des Europäischen Parlaments, die Kommission auch einsetzen zu können. Immer noch werden die Kommissare von den Nationalen Regierungen ernannt — ein Novum in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie.

Es wäre etwa so, wie wenn der Bundesrat die Minister einsetzen würde; der Bundestag könnte zwar das Kabinett abberufen, hätte aber wiederum keinerlei Einfluß auf das neue Kabinett. In diesem Teufelskreis bewegt sich das Europäische Parlament. Als weiterer Schwachpunkt kommt hinzu, daß es keine Gesetze vorschlagen oder erlassen kann. Die Kommission schlägt vor, der Ministerrat beschließt, muß aber das Parlament angehört haben.

In der Theorie und in den Römischen Verträgen von 1957 sieht die Position des Europäischen Parlaments demnach eher schwach aus. In der Praxis und im EG-Alltag in Straßburg und Brüssel ergeben sich ganz andere Perspek-

tiven: Das Europäische Parlament hat bereits zweimal einen Haushalt abgelehnt, weil in ihm die politischen Forderungen der 434 Volksvertreter nicht verankert waren. Wochenlang dauerten die Vermittlungsgespräche (Konkretisierung) zwischen Rat und Europäischem Parlament. Auf diesem „Haushaltsweg“ ist es dem Parlament gelungen, Rat und Kommission zu vielen Änderungen und Kompromissen zugunsten der europäischen Union zu bewegen. Dies ist die eine Möglichkeit.

Der andere Weg ist direkter. Er begann im September 1979, als der Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses die Spesenpraktiken der damals 13 Kommissare unter die Lupe nahm. Erstmals in der Geschichte einer Demokratie zwang ein Parlament Vertreter einer (quasi)-Regierung Gelder aus ihrer eigenen Tasche zurückzuzahlen, die unrechtmäßig ausgegeben wurden.

In der folgenden Zeit hat der Kontrollausschuß in einem mühsamen Kleinkrieg seine Position in engster Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof in Luxemburg weiter ausgebaut. Dies geschah fernab von Publicity und dem üblichen Alltagsrummel der Presse. Die 28 Mitglieder des Ausschusses haben ein Kontrollsystem entwickelt, das inzwischen von allen anderen nationalen Parlamenten beneidet wird. Dem Kontrollausschuß ist es heute möglich, nicht erst im Nachhinein, d. h. nach vollzogener Politik, zu überprüfen, sondern schon eine begleitende Kontrolle durch ad hoc-Berichte einzuleiten. Falsche Entscheidungen, Fehlentwicklungen und Betrügereien in der Verwaltung können somit schneller abgeschafft und korrigiert werden, was letztendlich zu Einsparungen führt, die sich leider schlecht in Zahlen wiedergeben lassen.

Streit um die Subventionierung der Sowjetunion — das Parlament siegte

Der größte Erfolg der Kontrolle war sicherlich das Mil-

liardenpokerspiel in Sachen Butterverkäufe an die Sowjetunion. Den größten Teil der EG-Agrarausgaben machen die Exportsubventionen aus. Die Europäische Gemeinschaft ist auf den Export von Agrarprodukten auf den Weltmärkten angewiesen. Da die eigenen Produktionskosten höher sind als zum Beispiel in den USA, ist die Subvention unvermeidlich, wenn man wettbewerbsfähig bleiben will.

Gerade aber diese Situation hat sich der größte potentielle Kunde für Agrarprodukte, die Sowjetunion und ihr Imperium, zunutze gemacht. Sie hat den gesamten Agrarhandel zwischen ihr und der EG mit Hilfe der südfranzösischen Firma „Interagra“ monopolisiert. Sämtliche Verträge wurden nur über diese Firma und die Staatshandelsgesellschaft „Prodintorg“ abgewickelt. Trotz eines katastrophalen Mangels in der Sowjetunion hatte „Prodintorg“ mit ihren Kaufangeboten an die EG immer solange gewartet, bis die Lagerhäuser überfüllt waren. Die Reaktion war klar: Die EG-Kommission wurde immer nervöser und hatte ihre Subventionsbeträge immer mehr erhöht. Wenn die Sowjetunion schließlich der Auffassung war, den Höchstpunkt erreicht zu haben, griff sie schnell zu, schloß Verträge in großem Umfang und sicherte sich somit den Finanzvorteil der höchsten Subventionen. Den Milliardengewinnen für die UdSSR standen alljährlich Milliardenverluste der EG gegenüber.

Zwei Jahre lang kämpfte der Kontrollausschuß, um die EG aus dieser Erpressungssituation herauszuführen. Der Ausschuß drohte der Kommission mit einem Mißtrauensvotum, wenn sie nicht diese Subventionspraktiken reduziere und der Position des Parlaments folge.

Es ist wohl verständlich, daß so ein riskantes Milliardenpokerspiel kein Beamter ohne politische Rückendeckung wagen kann. Nur ein parlamentarisches Gremium, wie der Kontrollausschuß kann eine solch harte Politik erzwingen. Das Ergebnis war schließlich: Die Sowjetunion kaufte

nicht ein Kilogramm weniger Butter, zahlte dafür aber Milliarden mehr. Nach den amtlichen Dokumenten der Kommission ergaben sich dadurch folgende Einsparungen:

1981
1,9 Mrd. ECU = 4,75 Mrd. DM

1982
1,7 Mrd. ECU = 4,32 Mrd. DM

(nach jeweils geltendem Wechselkurs)

Die EG-Kommission hatte in ihrem Dokument „Leitfaden für eine neue Landwirtschaftspolitik“ über diese hohen Einsparungen nur einen lapidaren Satz: „Durch stärkere Berücksichtigung der Marktverhältnisse, die sich in einer umsichtigen Preispolitik und den Bemühungen der EG um eine konsequente Marktverwaltung und anderen Maßnahmen ausdrückten, konnten erhebliche Ausgaben gesenkt werden“.

Die parlamentarische Kontrolle hat einen wesentlichen Teil dazu beigetragen, daß im EG-Haushalt die Ausgaben stets durch die Einnahmen gedeckt waren. In Europa geschah sogar das Unmögliche: 1982 konnten Hunderte von Millionen DM an die nationalen Regierungen zurückgezahlt werden. Welches nationale Parlament konnte in den letzten 15 Jahren einen solchen oder ähnlichen Erfolg für sich verbuchen?

Wer also heute immer noch im Zusammenhang mit Europa von Verschwendung der Steuergelder spricht und Schlagwörter wie „Teure Schwatzbude“ verwendet, sollte wissen, daß er mit dem Nachplappern dieser geistlosen Wörter das größte Experiment der Geschichte Europas gefährdet: den friedlichen Zusammenschluß von Völkern und Kulturen nach dem Grundsatz „Recht kommt vor Macht“.